**Auftrag Martin Rufer (RRB 2020/212 vom 18. Februar 2020): Ergänzung des kantonalen Massnahmenplans Pflanzenschutzmittel – Vorschlag Massnahmen ausserhalb der Landwirtschaft:
Aufforderung zur Stellungnahme (07.04. – 19.05.2021)**

|  |  |
| --- | --- |
| Organisation | VSEGVerband Solothurner Einwohnergemeinden |
| Adresse | Bolacker 9, Postfach 217, 4564 Obergerlafingen |
| Datum, Unterschrift | VERBAND SOLOTHURNER EINWOHNERGEMEINDEN29. April 2021 |

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an magdalena.gisiger@bd.so.ch.
**Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

| **Massnahme** | **Antrag** | **Begründung / Bemerkung** |  |
| --- | --- | --- | --- |
| 1. Weiterentwicklung der Aktion «Ig bi suber» | Einverstanden. |  |  |
| 2. Kurs für Privatpersonen über pestizidfreie Gartenbewirtschaftung und Schädlingsbekämpfung | Nein.  | Es bestehen bereits zahlreiche Angebote für biologische Gartenbewirtschaftung von privaten Anbietern. Der Wallierhof ist frei, ebenfalls entsprechende Schulungen auf eigene Rechnung anzubieten.Es ist nicht Aufgabe des Staates, hier Angebot zu schaffen. Allenfalls kann mit privaten Anbietern das Gespräch gesucht werden, so dass sie Broschüren und dergleichen abgeben. |  |
| 3. Verbot des Verkaufs von PSM an Private (Regierungsrat wird bei Bundesrat vorstellig) | JA aber…. | Vorstellbar ist eine Einschränkung des Verkaufs auf qualifizierte resp. zertifizierte Fachmärkte und durch ausgebildetes Fachpersonal, das Privatpersonen beim Kauf über die korrekte Nutzung informiert (Analogie bei rezeptpflichtigen Medikamenten).Es muss sich dabei aber unbedingt um eine schweizweit geltende Lösung handeln. Eine Solothurner Insellösung macht keinen Sinn. |  |
| 4. Nachhaltige Baulösungen sollen nicht durch höhere Gebühren bestraft werden | Nein.  | Die Gebäudeversicherung muss als Versicherung gemäss dem Gebäudeversicherungsgesetz den tatsächlichen Wert eines Gebäudes ermitteln.Allfällige politische Eingriffe in die Ermittlung des Gebäudeversicherungswerts sind nicht statthaft, führen zu unerwünschten Quersubventionierungen innerhalb der Versicherten und haben (steuerliche) Auswirkung auf die Berechnung des Eigenmietwerts.Die Ausgestaltung der Gebührenordnung z.B. der Anschlussgebühren für Abwasser liegt in der Hoheit der Gemeinden. Diese können allenfalls bezüglich der Thematik sensibilisiert werden. |  |
| 5. Finanzierung des Sonderabfall-Triage Kurses für Gemeindemitarbeitende | Nein.  | Die Massnahme ist nicht notwendig. Pflanzenschutzmittel können bereits heute an den Verkaufsstellen zurückgegeben werden. |  |
| 6. Gemeinde schafft Demonstrationsflächen für PSM-freie Räume und sensibilisiert damit die Bevölkerung | NEIN | Es soll der Gemeinde überlassen werden, ob sie im Zusammenhang mit Massnahme 1 (Weiterentwicklung der Aktion «Ig bi suber») zur Anschauung solche Demonstrationsflächen auf eigene Rechnung einrichten will (Kein Zwang). |  |
| 7. Gartenbauzentren sensibilisieren Bevölkerung | JA, aber.. | Die Massnahme erzeugt nur Wirkung, wenn die Aktion schweizweit z.B. durch den Bund durchgeführt wird. Eine Solothurner Insellösung macht keinen Sinn. |  |
| 8. Reaktivieren der Koordinationsgruppe Solothurner Wasserversorger – Einbringen des Thema Pestizide | Einverstanden. | Mit der Sensibilisierung sind wir einverstanden. Anderweitige Einflussnahmen auf die Wasserversorger durch den Kanton lehnen wir ab. Die Gemeinden als Wasserversorger sind sich ihrer Verantwortung bewusst. |  |
| 9. Label für pestizidfreie Gemeinde | Nein. | Pestizide sind nicht nur schlecht. Teilweise ist der Einsatz faktisch alternativlos, wenn keine grossen Schäden in Kauf genommen werden wollen.Wichtig ist, dass die richtigen Mittel sehr gezielt und möglichst ohne Risiko eingesetzt werden. Ein Label ist daher er falsche Ansatz. Jedoch sollen die Gemeinden sensibilisiert werden. |  |
| 10. Beratungsworkshops für Gemeindemitarbeitende zum Thema Pestizide | Einverstanden. | Hier soll der Kanton mit wiederkehrenden Informationsveranstaltungen seine Aufsichts- und Informationsaufgabe wahrnehmen. |  |
| 11. Kein Einsatz von Pestiziden beim Neu- und Umbau von kantonalen Gebäuden | Einvestanden. | Pestizide sind nicht nur schlecht. Teilweise ist der Einsatz faktisch alternativlos, wenn keine grossen Schäden in Kauf genommen werden wollen.Wichtig ist, dass die richtigen Mittel sehr gezielt und möglichst ohne Risiko eingesetzt werden. Ein Verbot ist daher der falsche Ansatz. Jedoch sollen die kantonalen Bauherren sensibilisiert werden. |  |
| 12. Pestizidfracht bei der Ausarbeitung der Generellen Entwässerungsplanung (GEP) berücksichtigen | Einverstanden. |  |  |
| 13. Kontrolle bezüglich Verkauf PSM bei Händlern und Importeuren von Pestiziden | Einverstanden.  | Massnahme ist bereits vorgesehen im Rahmen der Umsetzung der vom eidg. Parlament beschlossenen Parlamentarischen Initiative 19.475 |  |
| 14. Kontrolle von Friedhofgärtner\*innen und Golfplätzen | Einverstanden. | Die Kontrollaufgaben sind primär auf der Ebene der Selbstdeklaration anzustreben. |  |
| 15. Kontrolle bei Gartenbauunternehmungen | Einverstanden. | Die Kontrollaufgaben sind primär auf der Ebene der Selbstdeklaration anzustreben |  |

| **Vorschlag neue Massnahme** | **Begründung / Bemerkung** |  |
| --- | --- | --- |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |